

Hinweise zu Gesprächen mit Eltern zum Thema „Unterrichtsgarantie plus“

Bevor überhaupt von „plus“ geredet wird, ein Blick auf die versprochene Unterrichtsgarantie:

- **Von Unterrichtsgarantie kann keine Rede sein!**

Die Lehrerzuweisung dümpelt seit mehreren Jahren bei **ca. 93 %** des errechneten Bedarfs, der sich aus den Klassenzahlen, den gemäß Stundentafel zuzuweisenden Stunden und der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte ergibt.

Weitere 3 % dieses Bedarfs wurden in den letzten Jahren über Personen abgedeckt, die in einem **befristeten Beschäftigungsverhältnis** (=ohne Bezahlung der Sommerferien) arbeiteten, obwohl die Landesregierung inzwischen zugibt, dass Lehrkräfte während der Schulwochen mehr als 42 Stunden arbeiten, Überstunden, die sie in den Sommerferien „abfeiern“.

Die Lehrkräfte mit befristeten Verträgen springen mitten im Schuljahr ab, wenn sie irgendwo eine feste Anstellung erhalten, und bis die Stelle wieder besetzt ist, fällt Unterricht aus = von der Regierung produzierter Unterrichtsausfall!

Der restliche Bedarf und damit Luft für Förderstunden, AG's und alles, was Schule lebenswert macht, blieb ungedeckt.

So viel also zur Unterrichtsgarantie.

- **Die Verwaltung absorbiert zunehmend Ressourcen!**

Eine Reihe von Stellen wanderten in den letzten Jahren in die Verwaltung, so z.B. wurden Schulleitungen für ihre „zusätzlichen Aufgaben“ auch zusätzlich entlastet, aber auch der Kontrollapparat des IQ hat Stellen gefressen und wird bei flächendeckender Einführung der Inspektionen Mittel im Umfang von 180 Stellen kosten. Die Studienseminare sind mit dem Aufbau von modularisierten Ausbildungsgängen beschäftigt, Teile des HKM und der Staatlichen Schulämter mit einem „Ersatz“ der zerschlagenen Lehrerfortbildung, große Teile der Verwaltung muss sich mit der Neuen Verwaltungssteuerung herumschlagen, aber auch die vielen neuen Prüfungen und Messungen verschlingen Ressourcen.

Zum Konzept „Unterrichtsgarantie plus“ selbst:

- **Schulkonzept für Vertretung bereits entwickelt**

Wir haben an unserer Schule bereits ein Konzept für Vertretungsunterricht (dieses sollte man den Eltern schildern), aber die Bedingungen (Unterrichtsverpflichtung, Klassengrößen) entwickeln sich zunehmend so, dass dieses Konzept nicht mehr umgesetzt werden kann. (Gründe dafür benennen).

- **Verschiebung der Verantwortung**

Die Kultusministerin legt die Versäumnisse der Regierung den Schulen zur Last. Was auf KM-Ebene angesichts der selbst auferlegten Sparzwänge nicht geleistet wird, soll nun unter dem positiv klingenden Deckmäntelchen „Selbständigkeit“ nach unten weiter geschoben werden. Die Schulen bekommen Verantwortung aufgedrückt für etwas, das sie nicht zu verantworten haben: für mangelnde personelle Ausstattung, für zu wenig ausgebildetes pädagogisches Personal.

- **zusätzliche Aufgaben**

Die Schulen bekommen zusätzliche Aufgaben aufgebürdet: sie sollen nun selbst nach Personal suchen, das das Schulamt schon lange nicht mehr findet. Der Markt der Personen, die bereit sind, Vertretungen zu übernehmen (und dabei handelt es sich noch nicht einmal um Vertretungen, bei denen man abrufbereit stehen muss und kurzfristig einspringen soll), ist nach Aussage des Staatlichen Schulamts Frankfurt in den meisten Schulformen und Fächern abgegrast. Die Arbeit, solche Personen zu suchen, aber auch die Verantwortung, wenn keine gefunden werden, tragen zukünftig die Schulen.

- **Schulleitungen zu Arbeitgebern?**

Die Schulleitungen werden zu Arbeitgebern. Sie sollen – ohne spezifische juristische Kenntnisse – Verträge schließen und dafür dann auch gerade stehen.

- **Dequalifizierung?**

Wenn qualifiziertes Personal nicht zu bekommen ist, werden die Schulleitungen in ihrer Not auf Personen zurückgreifen, die sich als pädagogisch interessiert bezeichnen (Motto: besser als nichts!).

Ob eine genügende Anzahl solcher Personen gefunden werden kann, wird man sehen. Immerhin müssen diese Personen faktisch permanent zur Verfügung stehen, obwohl sie nur nach Einsatz bezahlt werden – die Bereitschaft zu solch kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit ist wahrscheinlich nicht flächendeckend vorhanden.

Schlimmer noch als das ist aber die damit vorhandene Abwertung pädagogischer Tätigkeit: es wird suggeriert, es könne jeder, der sich nur ein bisschen dafür interessiert, unterrichten. Dies führt zur Abwertung der Arbeit des ausgebildeten, qualifizierten pädagogischen Personals an den Schulen, was die Betroffenen mit großer Empörung erfüllt.

Oder aber der Einsatz nicht qualifizierten Personals ist reine Beaufsichtigung – von Unterrichtsgarantie kann also keine Rede sein – hier sehen sich die Eltern also einer erneuten Lüge aus dem KM gegenüber.

- **Es geht auch ohne (Lehrkraft).....**

Die Vorstellung, Lehrkräfte könnten Unterrichtsmaterial für Vertretungsstunden zur Verfügung stellen, so dass der Unterricht im Vertretungsfall nahtlos weiter gehen könne, ist eine Illusion. Zum einen wegen der enormen Mehrbelastung, die so etwas bringt und die angesichts der augenblicklich bereits bestehenden Arbeitsbelastung nicht auch noch quasi nebenbei geleistet werden kann. Vor allem aber, weil es undenkbar ist, für jede Stunde des Schuljahres das passende Vertretungsunterrichtsmaterial bereit zu haben, da jede Klasse anders ist und individuell auf Lernschwächen und –stärken eingegangen werden muss – das wissen eben nur Pädagogen.

- **Vertretung „aus Bormitteln“?**

Die Vorstellung, Schulen könnten „aus Bormitteln“ Vertretung in größerem Umfang bereitstellen, ist ebenso illusionär.

An Grundschulen können Vollzeitkräfte überhaupt nicht vertreten, da sie auf Grund ihrer hohen Unterrichtsverpflichtung keine einzige Stunde am Schulvormittag „frei“ sind. Teilzeitkräfte wollen nur Teilzeit arbeiten, sonst würden sie ihre Wochenarbeitszeit von sich aus aufstocken, um sie auch bezahlt zu bekommen.

An weiterführenden Schulen stellt sich das Problem der Fächer. Die Idee einer Jahrestudentenliste muss geprüft werden, führt aber ja letztlich auch nur dann zu einem befriedigenden Ergebnis, wenn alle Lehrkräfte verteilt über das Jahr gleichmäßig viel fehlen. Davon ist wohl kaum auszugehen.

Unser Konzept ist: Zuweisung einer Vertretungsreserve für jede Schule von 10 %.

Dann werden die Schulen mit Engagement daran arbeiten, dass Unterricht garantiert werden kann.

Das Argument der leeren Kassen wollen wir nicht mehr hören, seitdem wir Ministerpräsident Roland Koch bei den Koalitionsverhandlungen als „Finanzexperten“ erlebt haben, der Vereinbarungen über Gesetze, die auf erhöhte Steuereinnahmen zielen, aktiv verhindert hat.

Die Landesregierung ist zudem in der Pflicht, Bedingungen an den Schulen zu schaffen, die diesen Arbeitsplatz so attraktiv machen, dass er für junge Menschen als wählbar erscheint. Und sie ist in der Pflicht, für Menschen nach dem 1. Staatsexamen genügend Referendariatsplätze zur Verfügung zu stellen (zum 1.2.06 wurden 198 BewerberInnen für das Lehramt an Grundschulen und 584 an Gymnasien nicht in den Vorbereitungsdienst übernommen!).